

Protokoll

der **8. Sitzung** der Wahlperiode 2008/13 der **Gemeindevertretung**
Borgwedel am **Donnerstag**, dem **05. März 2009** um **19.30 Uhr**,
in Borgwedel, **Dörps- und Sprüttenhuus.**

Anwesend sind:	Bürgermeister	Uwe Jensen
	1. stellv. Bürgermeister	Peter Philipp
	2. stellv. Bürgermeister	Hans-Heinrich Langholz
	Gemeindevertreterin	Renate Schmitt
	Gemeindevertreter	Thomas Rühs
	Gemeindevertreter	Peter Beckmann
	Gemeindevertreter	Manfred Kühne
	Gemeindevertreter	H.-W Pansegrau
	Gemeindevertreter	Hans-Heinrich Brammer
	Protokollführer:	Thomas Rühs

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
 - a) Information des Bürgermeisters über die Tagesordnung
 - b) Fragen zu Beratungsgegenständen
 - c) Fragen zu anderen Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft sowie Vorschläge oder Anregungen
3. Beschluss über evtl. Einwendungen gegen das Protokoll der letzten Sitzung
4. Eingaben und Anfragen
5. Änderungsanträge zur Tagesordnung
6. Bericht des Bürgermeisters
7. Berichte aus Ausschusssitzungen
8. Entwicklung eines interkommunalen Gewerbegebietes im südlichen Kreisgebiet
9. Radwegbau an der K 36 – Finanzierung
10. Vorschlag für die Berufung eines Wahlvorstandes zur Durchführung der Europawahl am 7. Juni 2009
11. Gemeindliches Einvernehmen zu Bauvorhaben

Nichtöffentlicher Teil:

12. Unbefugtes Fällen eines Baumes

gemäß Beschluss vom heutigen Tage - siehe TOP 5

Zu TOP 1:

Bürgermeister Uwe Jensen eröffnet um 19.30 Uhr die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Widersprüche werden nicht erhoben.

Zu TOP 2:

- Die Ortsschilder sollten gereinigt werden. Das wird mit der Aktion sauberes Dorf durch die Feuerwehr durchgeführt.
- Beim Pumpenhaus in der Ringstraße müsste das Dach und die Dachrinne gereinigt werden.
- In der Süderstraße möchte man gerne eine 30-Zone einrichten.
- Das alte Buswartehäuschen sollte abgebaut werden.
- Die Vogelabweiser an dem neuen Buswartehäuschen sind nicht ausreichend. Im OKR werden durch die Kinder andere gemalt und angebracht.
- Die Sträucher der Beek in Stexwig müssten geschnitten werden, das ist Sache des Wasser- und Bodenverbandes.
- In der Wasserversorgungsleitung in Borgwedel befindet sich Luft. An diesem Problem wird gearbeitet.

Zu TOP 3:

Im Protokoll der letzten Sitzung muss die Anwesenheit geändert werden. Herr Brammer war nicht anwesend.

Zu TOP 4:

Herr Wobbe hat sich beschwert, dass der Grüne Weg in Borgwedelfeld zu sehr aufgeputzt worden ist durch die Fa. Nootbaar.

Zu TOP 5:

Die Tagesordnung wird um **TOP 12:** Unbefugtes Fällen eines Baumes in nichtöffentlicher Sitzung erweitert.

Zu TOP 6:

- Der Landrat hat die Feuerwehren angewiesen einen Bedarfsplan für die nächsten 10 Jahre zu erstellen.
- Zum DSL-Stand hat die WiREG einen Masterplan bis Mitte 2009 beauftragt. Beim Straßenbau sollen Leerrohre für den weiteren Ausbau mitverlegt werden.
- Schulumbauten / Kindergartenbauten dürfen nicht aus dem Konjunkturprogramm II durchgeführt werden.
- Die Landesbauordnung ist geändert worden, es soll alles einfacher werden.
- Der Entwurf des Landesentwicklungsplanes ist geändert worden.
- Das Dach des Ziegeleigebäudes ist genehmigt.
- Es hat eine Verkehrsschau stattgefunden: An der Einmündung Dorfstraße/Kochkoppel gilt weiterhin Rechts vor links. In Stexwigfeld wird evtl. ein Ortsschild aufgestellt.
- Mit den Anwohnern der Kochkoppel wird noch einmal gesprochen wegen der Grundstücksgrenzen.

Zu TOP 7:

Es haben keine Sitzungen stattgefunden.

Zu TOP 8:

In einer Informationsveranstaltung der WiREG am 27.10.2008 zum Thema Interkommunales Gewerbegebiet Schleswig-Umland wurde über die Option gesprochen, im südlichen Kreisgebiet an der A7 ein bedarfsgerechtes interkommunales Gewerbegebiet zu errichten. Hintergrund ist die Tatsache, dass die derzeit verfügbaren Gewerbeflächen in dieser Region begrenzt sind. Zwar stehen noch insgesamt ca. 17 ha Gewerbeflächen zwischen Böklund, Treia und Kropp zur Verfügung, diese verteilen sich aber über 11 Gewerbegebiete. Größere, zusammenhängende Flächen stehen nur noch in Schleswig oder im Wikingerland in begrenzter Zahl zur Verfügung. Erweiterungspotentiale hat das Wikingerland nicht, das Gewerbegebiet St. Jürgen in Schleswig stößt bereits jetzt an die Stadtgrenzen. Parallel dazu macht der aktuelle Landesentwicklungsplan Vorgaben für eine gewerbliche Weiterentwicklung der Stadt und der Umlandgemeinden. Schwerpunkt wird hier klar auf autobahnahe Standorte und interkommunale Konzepte gelegt. Somit gilt es, zukunftsgerechte Entwicklungspotentiale zu erörtern und die Autobahn A7 als klaren Standortvorteil zu nutzen.

An einem interkommunalen Gewerbegebiet an der A7 könnten neben der Stadt Schleswig einige Gemeinden der Ämter Haddeby und Ahrensharde sowie Südangeln beteiligt sein. Aber auch die Einbindung von Gemeinden aus dem Amt Kropp-Stapelholm ist denkbar. Gemäß den Vorgaben des neuen Entwurfs zum Landesentwicklungsplan sind interkommunale Gewerbegebiete an den Autobahnabfahrten realisierbar. Somit ergeben sich Möglichkeiten an der Autobahnabfahrt Schleswig/Schuby oder Schleswig/Jagel.

Ziele:

Durch den interkommunalen Ansatz kann eine gewerbliche Weiterentwicklung der Region um Schleswig durch die Schaffung zusätzlicher Gewerbeflächen an der A7 gesichert werden. Die Vorgaben des Landesentwicklungsplans sind dabei zu beachten und aufzugreifen. Durch den interkommunalen Ansatz wird es möglich, für die Ausweisung und Erschließung des Gewerbegebiets Förderungen aus dem Zukunftsprogramm Wirtschaft zu nutzen.

Konzeption:

Es soll sich bei dem interkommunalen Gewerbegebiet nicht um einen neuen Einzelhandelsstandort, sondern vornehmlich um Flächen für überregionales Gewerbe handeln, dessen Ansiedlung zu einem positiven Arbeitsplatzeffekt für den Schleswiger Raum führt und großvolumige Flächenbedarfe aufweist. Über vertragliche Regelungen und einen abgestimmten Belegungsansatz soll eine Konkurrenz zu anderen bestehenden Gewerbegebieten vermieden werden. Dabei sollten die Einzelansätze der Kommunen und deren eigene Planungshoheit nicht gefährdet werden. Es ist zu empfehlen, einen Belegungsansatz des neuen Gewerbegebiets, aber auch der einzelnen bestehenden Gewerbegebiete über öffentlich rechtliche Vereinbarungen klar zu regeln.

Zeitplan:

Sobald alle Gemeinden und die Stadt die entsprechenden Beschlüsse gefasst haben, wird die WiREG zeitnah zu einem weiteren Treffen einladen um die Gründung einer Arbeitsgruppe einzuleiten.

Grundsätzliche Aspekte zum weiteren Vorgehen / zum Planverfahren

- 1) Nach Abgabe dieser allgemeinen Willenserklärung wird eine konkrete, projektbezogene Willenserklärung der Gemeinden und der Stadt nötig
- 2) Einigung auf ein einheitliches gemeindeübergreifendes Vorgehen
- 3) Festlegung eines einheitlichen Stimmrechts für Stadt und Gemeinden
- 4) Festlegung von klaren Regeln der Kooperation und der Aufgabenteilung
- 5) Auswahl einer geeigneten Fläche nach Lage und Größe
- 6) Durchführung UVP

- 7) Änderung F-Plan/Landschaftsplan
- 8) Grünordnungsplan / B-Plan

Zu klärende Fragen:

- 1) Wer ist Planungsträger?
- 2) Welcher Zeitablauf soll gewählt werden?
- 3) Zustimmung Landesplanung einholen
- 4) Vertragliche Gestaltung regeln / Gründung eines Zweckverbandes?
- 5) Festlegung der Kostenteilung
- 6) Festlegung der Einnahmeaufteilung
- 7) Ausgleichsflächen und Ersatzflächen für die Landwirtschaft organisieren

Beschlussvorschlag:

- 1) **Es wird beschlossen, dass die Gemeinde das Thema interkommunales Gewerbegebiet weiter verfolgt und in Zusammenarbeit mit den anderen Partnern weiter entwickeln will. Bei dem Gebiet soll es sich um ein interkommunales Gewerbegebiet wie in der Konzeption beschrieben handeln.**
- 2) **Die Entwicklung eines möglichen interkommunalen Gewerbegebietes soll im Rahmen einer partnerschaftlichen Kooperation mit den beteiligten Gemeinden und der Stadt erfolgen. Dazu werden Stadt und alle beteiligten Gemeinden in dem Projekt gleichberechtigte Partner sein und bei Abstimmungen jeweils über eine Stimme verfügen. Beschlüsse sind einstimmig zu fassen.**
- 3) **Auf dieser Basis wird eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der beteiligten Gemeinden und der Stadt Schleswig gegründet und die WiREG sowie der Kreis Schleswig-Flensburg in den Entwicklungsprozess eingebunden. Die Arbeitsgruppe hat die Aufgabe, die Möglichkeiten der Realisierung eines interkommunalen Gewerbegebietes zu prüfen und eine Ausrichtung des Gebiets zu erarbeiten. Außerdem sind Regeln für eine gemeinsame Zusammenarbeit festzulegen. Bei einer positiven Entwicklungschance ist der Entwicklungsprozess wie folgt einzuleiten.**

Nach weiteren Erläuterungen durch den Bürgermeister und Gemeindevertreter Hans-Heinrich Langholz wird dem Beschlussvorschlag einstimmig zugestimmt.

Zu TOP 9:

Die Kostenbeteiligung des Kreises Schleswig-Flensburg für den Radweg muss erst durch die Fraktionen des Kreistages. Der Landrad soll auf eine Sanierung des Radweges bzw. eine Kostenbeteiligung hierfür angesprochen werden oder nach einem Konzept.

Zu TOP 10:

Es werden folgende Personen für den Wahlvorstand der Europawahl vorgeschlagen: Elke Höppner, Sven Müller, Karin Finkenberg, Peter Philipp, Manfred Kühne, Hans-Werner Pansegrau, Klaus Stahms, Thomas Rührs. Die Wahl wird am 07.Juni 2009 durchgeführt.

Zu TOP 11:

Es liegen keine Anträge für Bauvorhaben vor.

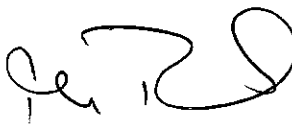
Die Beratung des Tagesordnungspunktes 12 wird in nichtöffentlicher Sitzung abgehandelt und ist als Anlage diesem Protokoll beigefügt. Für den nichtöffentlichen Teil wird die Öffentlichkeit für die Zeit von 20.45 Uhr bis 20.50 Uhr ausgeschlossen.

Eine Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung abgehandelten Tagesordnungspunkte erfolgt nicht, da keine Zuhörer/innen mehr anwesend sind.

Nachdem keine weiteren Punkte zur Debatte stehen, schließt der Bürgermeister Uwe Jensen um 20:54 Uhr die Sitzung der Gemeindevertretung.



(Jensen)
Bürgermeister



(Rühls)
Protokollführer